

Wir haben jetzt abzustimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/6913**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt

14 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Ergänzungsgesetz OWL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6477

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Drucksache 13/6908

zweite Lesung

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 13/6951**.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gießelmann das Wort.

Helga Gießelmann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Errichtung der Modellregion Ostwestfalen-Lippe, in der Vorschläge aus der Region zum Bürokratieabbau quasi einem Praxistext unterzogen werden, hat Nordrhein-Westfalen gesetzgeberisch Neuland betreten. Das war mutig und meines Wissens auch einmalig in der Bundesrepublik.

Urheber des Modellprojekts ist die OWL Marketing GmbH, die mit wichtigen regionalen Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft die Initiative "Modellregion OWL: Wirtschaftsnaher Verwaltung" ergriff und konkrete Vorschläge erarbeitete.

Nach den ersten Vorschlägen und dem ersten Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion wurden der Staatskanzlei Ende Juni 2004 weitere 36 Vorschläge übergeben. Diese wurden von der Landesregierung geprüft. Das Ergebnis ist der vorliegende Gesetzentwurf Drucksache 13/6477. Etliche Vorschläge werden aufgegriffen, zum Teil in modifizierter Form.

Darüber hinaus wird die Landesregierung im Verwaltungsvollzug acht Vorschläge aus der Region OWL aufgreifen, bei denen keine Gesetzesänderung notwendig ist.

Weitere vier Vorschläge aus der Region sollen direkt landesweit umgesetzt werden.

Auf zwei Vorschläge hat OWL Marketing nach Gesprächen verzichtet, weil die Argumente der Landesregierung überzeugten, dass diese aufgrund der Zuständigkeiten des Landes nicht umsetzbar sind.

Die restlichen Vorschläge hat die Landesregierung nicht aufgegriffen.

Ich kann die Enttäuschung der OWL Marketing verstehen, die im Modellversuch weitere Vorschläge durchsetzen möchte. Sie hält ihre Vorschläge weiterhin aufrecht und bittet uns, hiervon weitere zu übernehmen. Das greifen CDU und FDP in ihrem Entschließungsantrag auf. Dem stimmen wir aber nicht zu, Kolleginnen und Kollegen. Sie meinen, statt im Vorfeld zu prüfen, ob eine Idee auch umsetzbar sei, solle in der Modellregion OWL der Vorschlag erst nach einer probeweisen Umsetzung auf seine Politikpraktikabilität beurteilt werden.

Das sehen wir anders. Auch bei der zeitlich befristeten Aussetzung von Gesetzen und Verordnungen sollen schon mögliche Auswirkungen bedacht werden. Das hat die Landesregierung getan. Daher bleiben wir heute bei dem Gesetzentwurf und lehnen den Entschließungsantrag der Oppositionsparteien ab.

Wir betonen noch einmal, dass unser Ziel Bürokratieabbau ist. In manchen Vorschlägen steckt aber auch ein Standardabbau. Wir wissen z. B., wie gesundheitsschädlich Lärm ist. Deshalb gibt es in Nordrhein-Westfalen bei Lärm einen hohen Standard, den wir zum Schutz der betroffenen Arbeitnehmer auch wollen. Wir stehen in dem Konflikt, dass dieser Schutz eventuell Standortnachteile für die Betriebe hat. Wir müssen industriepolitisch intensiv diskutieren, wie wir vorgehen wollen, ohne das einfach unter dem Begriff Bürokratieabbau abzuhaken. Denn es geht um Standards, die intensiver geprüft werden müssen. Da wir keine Spirale nach unten wollen, müssen wir über solche Fragen gründlich diskutieren und dazu auch Fachleute hören.

Daher stimmen wir nun dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu und warten gespannt auf die Ergebnisse der Evaluierung des Modellversuchs, den wir in landesweites Recht umsetzen wollen,

wenn er sich als gut erweist. - Für heute herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Gießelmann. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass Gäste aus OWL die Debatte verfolgen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Wo sitzen die denn?)

- Der eine sitzt dort; der andere ist auf der Toilette. Vorhin waren es einige mehr, aber die müssen noch zur Arminia. Entscheidend ist aber, dass die Aufmerksamkeit aus Ostwestfalen-Lippe da ist, dass wir heute dieses Gesetz in zweiter Lesung verabschieden.

Ich möchte der OWL Marketing GmbH für ihre Kärnerarbeit danken, diese 36 Vorschläge in der "Zweiten Welle" zum Bürokratieabbau herausgearbeitet zu haben.

Ich danke auch der Landesregierung für die Vorschläge, die heute als Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet werden sollen. Diese Vorschläge finden alle unsere Zustimmung.

Für die andere Hälfte der Vorschläge aus OWL, die im Gesetzentwurf keine Berücksichtigung gefunden haben, gibt es keinen Dank an die Landesregierung. Hier ist Kritik angesagt. Warum hat die Landesregierung nicht zugestimmt? Warum stimmt die rot-grüne Koalition nicht zu? Darauf gibt es zwei Antworten.

Die erste Antwort ist, dass Sie sich nicht getraut haben. Die Ministerialbürokratie war wohl mächtiger als das Kabinett. Ein Beispiel ist der Vorschlag Nr. 4 - Anzeige statt Genehmigung für kleine Bauvorhaben -, der abgelehnt wurde. Man hielt die Anzeigepflicht für zu schwierig, weil es Nachbarschaftsstreitigkeiten geben könnte. Lassen Sie es uns doch in OWL probieren. Wir werden es nach drei Jahren schon merken, wenn wir uns dabei die Köpfe einschlagen.

Die zweite Antwort ist, dass Sie es aus politischen oder ideologischen Gründen nicht gewollt haben. Ganz besonders negativ hervorgetan hat sich das Umweltministerium.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das kann gar nicht sein!)

Der zuständige Ausschuss hatte Ministerin Höhn während der Beratung gebeten, über die Vorschläge Nr. 10, Nr. 14, Nr. 17 und Nr. 18 noch einmal nachzudenken, um sie vielleicht doch zu genehmigen. Sie haben dies in einem siebenseitigen Brief abgelehnt. Unserer Ansicht nach enthielten Ihre Ausführungen nur Vorwände. Die Wahrheit ist, Sie wollen es nicht.

(Ministerin Bärbel Höhn: Es geht nicht!)

- Nein, Sie wollen es nicht. - Es wundert mich, dass Sie auch Vorschläge abgelehnt haben, die die regionalen Umweltverbände in OWL mitgetragen haben. "Geht nicht" gibt es in dem Falle nicht. Man hätte es doch machen können. Die Argumente, dass der Bund oder die EU dagegen stehen, sind manchmal reine Vorwände. Da wir das im Ausschuss nicht mehr diskutieren können - es gibt ihn nicht mehr -, werden wir das hinterher anders regeln.

Der Punkt ist, dass Sie dem Grundgedanken der OWL-Initiative eben nicht gefolgt sind, nämlich zu sagen: Wir probieren es einfach einmal aus und sehen, was geschieht. Wenn man es einfach ausprobiert, und zwar für ein begrenztes Gebiet und einen begrenzten Zeitraum, nimmt sich niemand etwas.

Im Gegensatz zur rot-grünen Koalition trauen sich CDU und FDP, das zu tun. Anders gesagt: Wir vertrauen den Menschen vor Ort, dass sie verantwortungsbewusst mit solchen Freiheiten, die man ihnen gibt, umgehen können. Darum haben CDU und FDP gemeinsam einen Entschließungsantrag eingebracht, der dieses Vertrauen in die Akteure vor Ort belebt.

Wir fordern: Alle von der OWL Marketing GmbH vorgelegten Vorschläge - auch die der ersten Welle - sind so schnell wie möglich umzusetzen. Ich will nachrichtlich erwähnen, dass die OWL Marketing GmbH den Vorschlag Nr. 11 schon zurückgezogen hat. Alle sonstigen Vorschläge sind aber umzusetzen - inklusive der Dinge, die im Bund gemacht werden sollen. Da muss NRW auch aktiv werden und Lobbyarbeit in Berlin betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten das ursprüngliche Ziel dieser Initiative nicht aus den Augen verlieren. Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern dient letztendlich dazu, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neu zu schaffen. In diesem Sinne wird eine CDU/FDP-Koalition viele Vorschläge zum Bürokratieabbau gleich für das ganze Land und auch ohne Zeitbegrenzung umsetzen.

Der Region OWL sichern wir zu, auch weiterhin immer ein Stück mutiger sein zu dürfen, als die anderen Regionen das bis jetzt gekannt haben. Lassen Sie in Ostwestfalen-Lippe also nicht nach, sich weiterhin aktiv für einen Bürokratieabbau einzusetzen! Wir werden Sie dabei unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Thomann-Stahl das Wort.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich namens der FDP-Fraktion allen Verantwortlichen der OWL Marketing GmbH für die ausgezeichnete, sehr langwierige und intensive Zuarbeit zum Parlament und für die intensive und gute Zusammenarbeit. Sie haben sich damit nicht nur für Ostwestfalen-Lippe verdient gemacht. Ihre Vorschläge sind geeignet, in ganz Nordrhein-Westfalen umgesetzt zu werden. Insofern wäre es nicht notwendig gewesen, das Ganze nur auf OWL zu begrenzen; aber wir haben ja nur dieses OWL-Gesetz.

Meine Damen und Herren, ein Staat, der kein Geld mehr hat, um seinen Bürgern etwas Gutes zu tun, sollte sie wenigstens in Frieden und in Ruhe arbeiten lassen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist hier eine Chance vertan worden. Man hätte durch die Umsetzung dieser Entbürokratisierungs- und Vereinfachungsvorschläge sicherlich vielen Bürgern, vielen Unternehmen und auch zahlreichen Behörden das Leben wesentlich erleichtert. Diese Chance ist nicht wahrgenommen worden. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode alle gemeinsam darangehen müssen, diese Entbürokratisierungs- und Vereinfachungsvorschläge doch noch umzusetzen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Überraschung: Am 13. April dieses Jahres hat sich der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie abschließend zu diesem Ergänzungsgesetz verhalten. Im Ausschuss machten

CDU und FDP deutlich, dass sie die Regelung begrüßen, selbst wenn sie sich noch weitergehende Regelungen gewünscht hätten. Daher enthielten sich die Oppositionsfraktionen. Zu diesem Zeitpunkt - ich will es erwähnen - lagen keinerlei Änderungsanträge vor.

Überraschung: Heute flatterte dann der Entschließungsantrag von CDU und FDP mit dem Vorschlag auf den Tisch, doch alle Vorschläge zu übernehmen. Nun gut, der Wahlkampf lässt grüßen. Gerade noch rechtzeitig vorher eingeparkt und gesagt: Wir wollen hier doch zeigen, wo es Unterschiede in den Positionen gibt. - Nun gut, es sei Ihnen geschenkt. Ich sage aber auch: Sie machen es sich ein bisschen zu leicht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat die 36 Maßnahmen geprüft. Es gab unterschiedliche Begründungen, warum Teile der Vorschläge nicht aufgegriffen wurden. Zum Teil laufen bereits Gesetzgebungsverfahren; am heutigen Tag lagen uns ja auch einige davon zur Abstimmung vor. Zum Teil stehen aber auch bundes- und europarechtliche Maßnahmen dagegen. Zum Teil werden Kostengründe relevant. Bei einem Vorschlag gab es keine Notwendigkeit zu handeln.

Schaut man sich dann die Vorschläge, die CDU und FDP am liebsten durchgesetzt hätten, genauer an, ist klar, dass nicht so sehr der Bürokratie-, sondern gerne auch der Standardabbau umgesetzt werden soll. Ganz deutlich wird dies beim Lärmschutz. Die Aufhebung widerspricht geltendem Bundesrecht. Und ehrlich: Lärm macht doch krank. Menschen leiden unter Lärm. Wir Grünen sehen keine Veranlassung, hier wichtige Standards abzubauen, die Menschen nützen und schützen. So etwas lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Brinkmeier, Frau Koczy?

Ute Koczy (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Eine Zwischenfrage zum Lärmschutz: Wenn ich mich nicht irre, geht es darum, dass der Abschlagswert an den Abschlagswert, den alle anderen Bundesländer haben, angeglichen wird. Dann kann ich das Argument aber nicht verstehen. Warum gleichen wir

uns denn nicht einfach den anderen Bundesländern an?

Ute Koczy (GRÜNE): Weil es uns um Standards geht, weil es uns um den Schutz von Menschen geht und weil wir die Erfahrung haben, dass bestimmte Richtlinien eingehalten werden müssen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit, uns hier in Nordrhein-Westfalen schlechter zu stellen und unter das zu gehen, von dem wir wissen, dass es Menschen gut tut.

(Peter Eichenseher [GRÜNE]: So ist es!)

Wir wollen aber klarstellen: Wir Grünen unterstützen das Ergänzungsgesetz und damit die 18 Vorschläge, die jetzt an die erste Welle ange-dockt werden. Dazu zählen erleichterte Nutzungsänderung bei gewerblichen Räumen, schnellere Genehmigung der Flächennutzungs-pläne oder erleichterte Genehmigung bei der Ein-richtung neuer Bildungsgänge.

Wie Sie sehen, werden sinnvolle Vorschläge un-terstützt, die wir auch gerne in die Modellphase hineingeben. Auch wir sind auf die Ergebnisse gespannt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, angesichts des gewaltigen Interesses sollte ich es jetzt kurz machen. Auch aus Ostwestfalen sitzt nur noch einer dort oben, wenn ich es richtig sehe.

Ich freue mich, dass wir die Erfolgsgeschichte der Modellregion Ostwestfalen-Lippe mit dem jetzt zur Verabschiedung anstehenden Gesetz fortschrei-ben und ihr ein weiteres Kapitel hinzufügen. Wir haben viele der Vorschläge übernommen, die dort dankenswerterweise und sehr vorbildlich erarbei-tet worden sind. Herzlichen Dank nach Ostwestfa-len-Lippe an alle, die dabei mitmachen und sich engagieren!

Nicht alle Blüenträume konnten reifen. Das ist im Einzelnen nicht hier, aber in den Debatten der Fachausschüsse dargestellt worden. Es ist nie-mandem verwehrt, weitere Vorschläge auf den Tisch zu bringen und die Diskussion weiterzufüh-ren. Die Bundesregierung ist am Ball und wird e-benfalls weitere Vorschläge vorlegen.

Ich denke, dass was jetzt machbar war, ist umge-setzt worden. Manches wäre vielleicht machbar, aber nicht sinnvoll gewesen und ist deshalb nicht realisiert worden.

Das, was heute verabschiedet wird, ist ein wichti-ger Schritt in die richtige Richtung. Er öffnet der Modellregion Ostwestfalen-Lippe Möglichkeiten des Handelns, die vielleicht auch für andere Teile des Landes beispielhaft werden können. Soweit Sie zustimmen, bedanke ich mich herzlich. - Vie-len Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. Wir sind damit am Ende der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir stimmen ab, und zwar zunächst über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses **Drucksache 13/6908**. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mit-telstand und Technologie empfiehlt, den Gesetz-entwurf unverändert anzunehmen. Wer dem zu-stimmen möchte, den bitte ich um ein Handzei-chen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 13/6951**. Wer stimmt dem Entschließungsan-trag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grün-en gegen die Stimmen von CDU und FDP **abge-lehnt**.

Ich rufe auf:

15 Gesetz zur Änderung des Landespresse-gesetzes NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4335

Beschlussempfehlung und Bericht
des Medienausschusses
Drucksache 13/6907

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Eu-mann für die SPD-Fraktion das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Die Spuren dieses Ge-setzentwurfes führen uns nach Berlin. Die FDP